

5 Fragestunde

Nagl: Nachdem es heute keine Mitteilungen gibt, beginnen wir mit der Fragestunde. Es ist 12.12 Uhr auf unserer Gemeinderatssitzungssaal-Uhr und ich darf gleich zur ersten Frage kommen.

5.1 Frage 1: Lärmgutachten Straßenbahnlinie 1 (GR. Mag. (FH) Muhr, MSc, SPÖ an Stadträtin Kahr, KPÖ)

Muhr: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher auf den Rängen, liebe Elke.

Meine Frage bezieht sich heute einmal auf die Bauarbeiten entlang der Straßenbahnlinie 1. Wie wir alle wissen, sind ja Streckenabschnitte, und zwar von Mariagrün bis Kroisbach und auch von Teichhof bis zur Endstation, saniert worden. Viele Bewohnerinnen und Bewohner haben sich durch diese Arbeiten eine Verbesserung der Lärm- und Erschütterungsbelastungen erhofft. Diesbezüglich gab es auch 2017 eine BürgerInnenversammlung und in dieser ist ein entsprechendes Lärmgutachten bzw. eine Lärmprüfung angekündigt worden von einem unabhängigen Sachverständigen und diese ist auch zwischenzeitlich durchgeführt worden. Teile aus diesem Prüfungsbericht wurden dann am 4. 4., also vor einer Woche, bei einer Informationsveranstaltung den Anwesenden zur Kenntnis gebracht. Aber jetzt besteht einerseits der Wunsch der Betroffenen, dass man dieses Lärmgutachten selbst einmal ganz durchlesen kann, für sich selbst aufzuarbeiten und andererseits hat es auch einige Betroffene gegeben, die dort nicht anwesend sein konnten aus unterschiedlichsten Gründen. Darum darf ich an dich die

Frage

stellen:

Bist du bereit, die Ergebnisse der Lärmprüfung der neu sanierten Streckenabschnitte der Linie 1 öffentlich zugänglich zu machen bzw. den gesamten Bericht einerseits im Bezirksamt in Kopie aufzulegen und/oder online zu stellen?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Im Vorjahr wurden die Streckenabschnitte der Straßenbahnlinie 1 Mariagrün bis Kroisbach sowie von Teichhof bis zur Endstation saniert. Die betroffenen Bewohner und Bewohnerinnen an der Gleisstrecke erhofften sich mit der Sanierung der Linie 1 auch eine Verbesserung der Lärmbelastung und hinsichtlich der Erschütterungen.

Diesbezüglich wurde im November 2017 auch eine BürgerInnenversammlung abgehalten, in der eine entsprechende Lärmprüfung durch einen unabhängigen Sachverständigen angekündigt wurde.

Diese Prüfung wurde zwischenzeitlich auch durchgeführt und den BewohnerInnen im Rahmen einer Informationsveranstaltung am 4. April 2018 mündlich zur Kenntnis gebracht. Es besteht aber einerseits der Wunsch vieler Betroffener, das Gutachten selbst durchzulesen und andererseits soll auch jene Betroffenen, die am 4. April 2018 nicht teilnehmen konnten, der Zugang zu diesen Informationen ermöglicht werden.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, die

Frage:

Bist du bereit, die Ergebnisse der Lärmprüfung entlang der neu sanierten Streckenabschnitte der Linie 1 öffentlich zugänglich zu machen bzw. den gesamten Bericht einerseits im Bezirksamt in Kopie aufzulegen und auch online zu stellen?

StRⁱⁿ **Kahr:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Ewald. Danke für die Frage. Ich war eh selbst am 4. April bei dieser Informationsveranstaltung anwesend, wie du eh richtig im Motivenbericht angesprochen hast. Derzeit sind es die Cityrunner, die Variobahn fährt ja noch nicht, die Informationen und alle Interessierten-Fragen dort sind von einem unabhängigen Lärmgutachter und durch die Teilnahme von Holding-MitarbeiterInnen beantwortet wurden. Die Holding Graz hat auch angeboten, einige Verbesserungen wie Anschotterungen z.B. in einem Testabschnitt prüfen zu lassen, oder auch nachträgliche Stoßdämpfer, also technische Maßnahmen, nachzujustieren. Aber ungeachtet dessen war dort das Lärmgutachten Thema und da ist der Wunsch auch berechtigt, aus meiner Sicht, dass man sich dieses Lärmgutachten auch wirklich in Ruhe durchlesen möchte und noch Teile nachfragen kann und beantwortet bekommt. Insofern habe ich dort auch persönlich gesagt, dass ich mir das gut vorstellen kann und wir haben aufgrund deiner Frage jetzt an die Graz Holding auch die Bitte weitergeleitet sozusagen, dem nachzukommen und um Antwort gebeten. Die Antwort und Mitteilung von der Holding Graz ist folgende, die gebe ich dir jetzt mit:

Da es sich hier um eine infrastrukturelle, sowohl technisch als auch physikalisch, sehr komplexe Themenstellung handelt, die mündlich kommentiert werden muss, ist ein uneingeschränkter Zugang zum Gutachten auch aus betriebs- und datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich. Sehr wohl ist die Holding Graz Linien aber für jede interessierte Person bereit, die Möglichkeit, Einsicht zu nehmen, dass sie diese anbieten und es wird gebeten, dafür auch einen gesonderten Termin mit der Frau Jutta Manninger auszumachen. Jetzt ist natürlich, ich war ja selbst dort, ich bin ja auch keine Technikerin und habe dort ja auch Fragen für mich gehabt. Das ist nicht

ganz unrichtig, dass es natürlich auch Erläuterungen von Fachleuten dazu braucht, weil sonst kann man auch mit diesem Text nichts anfangen. Ich kann sozusagen nur anbieten, dass mein Büro sozusagen zusätzlich für Interessierte, dass wir das weiterleiten und sozusagen jedem, der die Möglichkeit hat, der es sich genau ansehen will, dass wir schauen werden, dass das auch zustande kommt. Im Übrigen muss ich auch sagen, weil ich mich erkundigt habe, weil es mich ja selbst interessiert, wie war das in der Vergangenheit. Es ist ja nicht das erste Mal, dass ein Lärmgutachten der Bevölkerung gegenüber vorgestellt wurde, es ist bisher immer so gehandhabt worden von den Holding Graz Linien. Diesbezüglich hat es nie eine Ausnahme gegeben.

GR. **Muhr:** Danke für deine Ausführungen. Datenschutz ist mir jetzt nicht ganz geläufig, warum das hineinpasst, das gehört jetzt sicher hinterfragt. Bist du auch bereit, dieses Gutachten den Ausschussmitgliedern im Verkehrsausschuss zukommen zu lassen?

Kahr: Gerne. Ich habe es selbst noch nicht, werde es aber noch anfordern. Es ist auch zugesagt worden und wenn ich es habe, können wir das gerne bei der nächsten Verkehrsausschusssitzung allen Anwesenden und auch, das sage ich jetzt gleich dazu, dem Bezirksrat, es ist ja auch nicht unwichtig, es ist ja in deinem Motivenbericht drinnen, und da würde ich den DI Rath noch einmal ersuchen, dass wir für den Bezirksrat auch noch in Anwesenheit von jemandem, der sich in diesen lärmtechnischen Fragen auskennt, dass der auch dabei ist.

**5.2 Frage 2: Fehlende Kontrolle bei Förderungen an Parteien – Klubförderung
(GR. Swatek, BSc, Neos an Stadtrat Dr. Riegler, ÖVP)**

Swatek:

Sehr geehrte Zuseherinnen, sehr geehrte Zuseher, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, sehr geehrter Stadtrat Riegler. Die Stadt Graz zahlt jährlich 2,4 Mio. Euro an Parteien aus. Davon werden 1,2 Mio. als Parteienförderung ausgezahlt, dafür ist das Parteiengesetz der Steiermark zuständig und 1,2 Mio. werden als Klubförderung bzw. als Förderung für politische Mandatare hier im Gemeinderat ausgeschüttet. Für diese Klubförderung gibt es lediglich eine Richtlinie, die hier im Gemeinderat beschlossen wurde und die besagt, dass für die ordnungsgemäße Verwendung dieser Gelder die Klubs dafür zuständig sind, zwei selbst ernannte beeidigte Wirtschaftsprüfer einzustellen, die die Finanzen auf die ordnungsmäßige Verwendung prüfen. Dieses Prüfergebnis ist bis 31. 3. des Folgejahres in der Grazer Zeitung, Amtsblatt für die Steiermark zu veröffentlichen. Ein Gemeinderatsklub hier unter uns kam diesem in den letzten drei Jahren nicht nach. Für die Wirtschaftsjahre 2015, 2016, 2017 wurden innerhalb der Frist keine Prüfurteile in der Grazer Zeitung veröffentlicht. Dadurch war das Sicherstellen der zweckmäßigen Verwendung der Fördergelder weder für die Stadt Graz noch für alle Grazerinnen und Grazer möglich. In der Stadt schien das niemandem aufzufallen, weil sonst hätte man es dem Klub gesagt, dass er es das nächste Mal richtigmacht, also scheint das von der Stadt auch niemand zu kontrollieren. Dass Kontrolle aber wichtig wäre, sieht man aber gerade beim Europäischen Parlament. Im europäischen Parlament haben die rechtspopulistische Parlamentsfraktion, die INF, sich mit der Fraktionsförderung 228 Flaschen Champagner gekauft. Das Geld, die über 400.000 €, müssen sie wieder an das Europäische Parlament zurückzahlen. Da in der Stadt Graz scheinbar die Kontrolle fehlt, hätte wir auch hier genüsslich Champagnerflaschen kaufen können und niemand hätte es gemerkt. Sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler, meine

Frage

daher an Sie:

Wie kam es dazu, dass drei Jahre lang keine Kontrolle der ordnungsgemäßen Verwendung der Klubförderung durch die Gemeinderatsfraktionen seitens der Stadt durchgeführt wurde?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Stadtrat Dr. Riegler, unsere Stadt ist dazu verpflichtet, bei der Verwendung von finanziellen Mitteln stets auf Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu achten. Grundsätze, die einen verantwortungsvollen Umgang mit Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sicherstellen sollen. Doch im Bereich der Subventionen scheint die Stadt Graz, insbesondere bei der Kontrolle der Zweckmäßigkeit, nachlässig zu sein.

So brachte der Stadtrechnungshof im November ans Licht, dass bei der Subvention in Höhe von 40.000 Euro für den Ankauf eines Einsatzrettungsbootes das besagte Boot scheinbar nicht erworben wurde. Die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen auf, um herauszufinden, wohin die besagten 40.000 Euro stattdessen flossen.

Erst Anfang dieses Monats deckten wir NEOS einen weiteren Fall fehlender Kontrolle der Stadt bei der zweckmäßigen Nutzung von Subventionen auf.

Jährlich stellt die Stadt den im Gemeinderat vertretenen Fraktionen für ihre Arbeit eine Klubförderung in Höhe von 1,2 Millionen Euro zur Verfügung. Die ordnungsgemäße Nutzung dieser Gelder muss von jedem Klub durch zwei selbsternannte beeidigte Wirtschaftsprüfer bestätigt werden. Das Prüfergebnis ist dabei bis zum 31. März des Folgejahres in der „Grazer Zeitung Amtsblatt für die Steiermark“ zu veröffentlichen.

Ein Gemeinderatsklub kam diesen Vorgaben drei Jahre in Folge nicht nach.

Für Förderungen in den Jahren 2015, 2016 und 2017 veröffentlichte diese Fraktion kein Prüfurteil in der Grazer Zeitung. Das Sicherstellen der zweckmäßigen Verwendung dieser Förderung war daher weder für die Stadt Graz noch für alle Grazerinnen und Grazer möglich. In der Stadt schien dies jedoch drei Jahre lang niemandem aufzufallen.

In meinen Augen ein verantwortungsloser Umgang der Stadt mit dem Geld der Grazerinnen und Grazer.

Sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Riegler,

Frage:

Wie kam es dazu, dass drei Jahre lang keine Kontrolle der ordnungsgemäßen Verwendung der Klubförderung durch die Gemeinderatsfraktionen seitens der Stadt durchgeführt wurde?

StR. Dr. Riegler:

Da habe ich jetzt bei meiner Antwort gleich Gelegenheit, mehrere Ebenen anzusprechen. Die erste Ebene ist einmal die der Zuständigkeit. Wenn man sich nämlich die Verordnung ansieht, um die es da geht, dann ist eigentlich nicht ganz ersichtlich, warum Sie die Frage überhaupt mir stellen, denn es mag sein, dass die Finanzdirektion technisch gesehen für die Auszahlung der Klubförderungen zuständig ist, daraus aber abzuleiten, dass entweder der Finanzdirektor oder meine Person die Pflicht hätte, den Oberordnungswächter über die Veröffentlichungspflicht in der Grazer Zeitung zu spielen, woraus Sie das herauslesen, will mir nicht ganz einleuchten. Ich bin aber gerne bereit, trotzdem die Pflicht auf mich zu nehmen und werde in Zukunft die Grazer Zeitung noch viel genauer lesen als bisher.

Auf der zweiten Ebene muss ich Sie belehren darüber, weil ich ja selbst dem Berufsstand angehöre, dass die Wirtschaftsprüfer sich nicht selbst ernennen, sondern vereidigt werden vom jeweiligen Landeshauptmann. Ich hoffe, Sie wollen nicht wirklich einen selbst ernannten Wirtschaftsprüfer haben. Der im Übrigen auch nicht beeidigt, sondern beeidet ist, dass aber nur so am Rande, und fällt unter die Rubrik gescheit daherreden von mir. Die dritte Frage wäre, vielleicht können Sie in Ihrer Zusatzfrage, die ich erwarte, darauf eingehen, warum Sie zwar auf der EU-Ebene benennen, wer da

säumig ist mit irgendwelchen Pflichten, dass Sie aber in Ihrer Anfrage hier offenbar schamhaft verschweigen, wer jetzt genau gemeint ist von den Klubs, die da säumig sind. Vierterdings hätte ich die Verordnung so, wenn ich sie durchlese, so interpretiert, dass eben durch die Veröffentlichungspflicht in der Grazer Zeitung eben gerade jeder Bürger Gelegenheit hat, sich ein Bild zu machen und insofern hätte ich jetzt auch nicht gewusst, warum tatsächlich ich oder die Finanzdirektion gewissermaßen da die Polizeifunktion hätte. Insgesamt denke ich mir, ist aber Ihre Frage gelungen, denn Sie haben ja damit den Suchscheinwerfer auf dieses Thema gelenkt und da muss ich natürlich alle hier anwesenden Vertreter der Klubs wirklich eindringlich darum bitten, in Zukunft noch viel genauer diesen Pflichten nachzukommen. *(Allgem. Appl.)*

Bgm. Mag. Nagl:

Herr Gemeinderat, gibt es eine Zusatzfrage?

Swatek:

Ja, die gibt es. Anmerkung „selbsternannt“: Nicht die Wirtschaftsprüfer, sondern die Parteien können sich selbst aussuchen, welche Wirtschaftsprüfer sie nehmen, das wissen Sie auch. Zuständigkeit ist ein interessantes Thema und vielleicht stelle ich die Frage einfach, wer ist denn in der Stadt dafür zuständig, das zu kontrollieren? Ich habe versucht herauszufinden, wem ich diese Frage stellen soll und dann ist mir eigentlich gesagt worden, am ehesten würde es noch in die Finanzdirektion passen. Das zeigt schlicht und einfach, dass in der Stadt hier niemand die Kontrolle darüber hat und wir können hier keine Verordnung beschließen, die eine Regel vorsieht, wie man mit Förderungen umgeht und dann kontrolliert das niemand. Wenn ich als normaler Sportverein um eine Förderung ansuche und ich halte die Förderrichtlinien nicht ein, dann nehmt ihr mir die Förderung weg. Wenn das hier Parteien machen, ist es euch

wurscht. Das kann es nicht sein und daher meine Frage: Wer ist für die Kontrolle zuständig?

Riegler:

Das ist eben so, dass es gelegentlich Gesetzgeber und Verordnungsgeber gibt, die so genannte „Lex imperfecta“ produzieren, indem sie zwar eine Regel vorschreiben, aber nicht dazu sagen was passiert, wenn sie nicht eingehalten wird. In diesem Fall handelt es sich um so eine „Lex imperfecta“, wobei ich denke, dass ja eben gerade durch die Veröffentlichungspflicht und die Wahrnehmbarkeit die öffentliche, wer nicht veröffentlicht hat, eben geradezu zweckerfüllt kundzutun: Achtung da haben einzelne die Regel nicht eingehalten. Aber wir werden das weitergeben. Im Übrigen denke ich mir, dass Sie ja ohnedies mit Ihrer Frage jetzt das Ziel erreicht haben, dass ausführlich diskutiert wird.

5.3 Frage 3: Infrastruktur für Fernbusse

(GRⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Kopera, MBA Med., ÖVP an Stadträtin Kahr, KPÖ)

Kopera:

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste, sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr, liebe Elke. Es ist bequem und umweltfreundlich, mit dem Bus zu reisen. So hat sich in den letzten Jahren in der Girardigasse ein „Busbahnhof“ für die Fernbusse nach Wien und zum Flughafen-Wien etabliert.

Dieser Busbahnhof, ein sehr improvisierter Busbahnhof, besteht jedoch lediglich aus einem schmalen Gehsteigabschnitt, der auch dem normalen Fußgängerverkehr dient und einer für Busse bereitgestellten Abbiegespur in den Opernring. Als Infrastruktur gibt es lediglich einen bis vor kurzem auf einem Haltestellenschild montierten

Mistkübel in Haushaltsgröße. Der ist mittlerweile durch deinen sehr klobigen noch die Situation beengenderen großen ersetzt worden.

Die Infrastruktur, die man sich wünschen würde für so einen Busbahnhof, muss man sich dazudenken. Nämlich überdachte Wartemöglichkeit, Bänke, Getränke + Snack-Automat, absperrbare Gepäckaufbewahrung, Mülltrennung, Trinkbrunnen, WC etc. Abgesehen davon, dass bei laufendem Fußgängerverkehr für das Be- und Entladen eines Autobusses der Gehsteig viel zu schmal ist, muss man sich genieren, wenn nationale und internationale Gäste in die zweitgrößte Stadt unseres Landes kommen und ohne Erkennbarkeit und ohne Komfort einer Fernbus-Station an- bzw. abreisen müssen.

Daher erlaube ich mir die folgende

Frage:

„Was werden Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, unternehmen, um den Grazerinnen und Grazern sowie unseren willkommenen Gästen auch im Rahmen eines „Fernbusbahnhofes“ eine adäquate, komfortable Infrastruktur anzubieten?“

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Sehr angenehm und umweltfreundlich ist es, mit dem Bus zu reisen! So hat sich in den letzten Jahren in der Girardigasse ein „Busbahnhof“ für die Fernbusse nach Wien und zum Flughafen-Wien etabliert.

Dieser „Busbahnhof“ besteht jedoch lediglich aus einem schmalen Gehsteigabschnitt, der auch dem normalen Fußgängerverkehr dient. Als „Infrastruktur“ gibt es lediglich einen auf einem Haltestellenschild angebrachten Mistkübel in Haushaltsgröße.

Die Infrastruktur, die man sich für einen Busbahnhof wünschen würde, muss man sich dazu denken: überdachte Wartemöglichkeit, Bänke, Getränke + Snack-Automat, absperrbare Gepäckaufbewahrung, Mülltrennung, Trinkbrunnen, WC ...

Abgesehen davon, dass bei laufendem Fußgängerverkehr für das Be- und Entladen eines Autobusses der Gehsteig viel zu schmal ist, muss man sich genieren, wenn ausländische Gäste in der zweitgrößten Stadt unseres Landes ohne Erkennbarkeit und Komfort einer Fernbus-Station an- bzw. abreisen müssen.

Daher erlaube ich mir die folgende

Frage:

„Was werden Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, unternehmen, um den Grazerinnen und Grazern sowie unseren willkommenen Gästen auch im Rahmen eines „Fernbusbahnhofes“ eine adäquate, komfortable Infrastruktur anzubieten?“

StRⁱⁿ Kahr:

Liebe Frau Gemeinderätin, liebe Daisy. Danke für die Frage, weil ich bin in dem Zusammenhang nicht nur von Kundinnen und Kunden angesprochen worden, sondern auch von BewohnerInnen, dass dieser Standort eigentlich dort so und so nicht sehr gut geeignet ist. Das hat jetzt noch eine andere Dimension, weil ja auch der Motor oft, wegen der ganzen Kühlung, läuft und BewohnerInnen sich eigentlich dadurch sehr belästigt fühlen, das ist eine andere Geschichte. Bezüglich der Girardigasse, um die es hier ja konkret geht, sind geplante Sanierungen 2019 geplant und im Zuge dieser geplanten Sanierungen werden wir auch eine Attraktivierung des Warte- und Einstiegsbereichs für die Fernbus-Fahrgäste machen. Das inkludiert eine Überdachung, einen überdachten Wartebereich und auch eine Sitzgelegenheit. Diesbezüglich ist unser Amt, das Verkehrsplanungsamt, auch mit der Firma Ankünder im Gespräch.

Kopera:

Nur eine kleine Anmerkung. Ich möchte sehr darum bitten, dass es da nicht zu Verzögerungen kommt, weil das ist ein relativ dringendes Problem. Danke.

Kahr:

2019!

Vorsitzwechsel – Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio übernimmt den Vorsitz (12.30 Uhr).

5.4 Frage 4: Kinderbetreuungskosten für auswärtige Pflegekräfte bei den GGZ (GRⁱⁿ Heinrichs, KPÖ an Bürgermeister Mag. Nagl, ÖVP)

Heinrichs:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Sicherlich ist Ihnen auch aus Richtung unserer Frau Vorsitzenden im GGZ-Ausschuss, Sissi Potzinger, sie ist gerade nicht da, das Thema Kinderbetreuungskosten für auswärtige Pflegekräfte bei der GGZ bereits nähergebracht worden. Die Pflegeproblematik, welche ja eine brisante ist und verschiedene Facetten hat, wurde uns, uns Ausschussmitgliedern, während der letzten GGZ-Ausschusssitzung am 20. 3. nähergebracht. Wenn nämlich eine ausgebildete Pflegekraft von auswärts nach Graz zur Arbeit in eine Pflegeeinrichtung der GGZ kommen möchte, aber auch Kinderbetreuung benötigt, so hat diese, oder dieser in seltenen Fällen, Pflegebedienstete den Essensbeitrag in voller Höhe sowie zusätzlich zum sozial gestaffelten Betreuungsbeitrag einen Zuschlag von € 200 monatlich zu bezahlen. In Euro heißt das bis zu € 500 monatlich an Kinderbetreuungskosten können anfallen. Was nur zur Verständlich ist, dass das solcher Art finanziell überforderte, in den meisten Fällen weibliche Pflegepersonal

nämlich natürlich sich nicht dazu entschließen kann, die wertvolle Mitarbeit, also ihre Kenntnisse in den Pflegeeinrichtungen der Stadt Graz anzubieten. Fest steht aber auch, dass wir alle versierten Damen und Herren der Pflege bereits jetzt nötig haben und künftig wohl noch dringender brauchen werden. Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Frage:

Sind Sie bereit, eine Lösung im Interesse der betroffenen nicht in Graz wohnhaften Familien herbeizuführen, wenn ein Elternteil bei den GGZ ein Beschäftigungsverhältnis aufnimmt, beispielsweise durch Kompensation von Kinderbetreuungskosten durch eine entsprechende Gehaltskomponente oder durch andere das Tarifsysteem betreffende Maßnahmen, die gemeinsam mit dem für die Kinderbetreuung zuständigen Stadtrat Kurt Hohensinner erarbeitet werden könnten?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Pflegeproblematik, welche in den kommenden Jahren noch an Brisanz zunehmen wird, hat verschiedene Facetten. Über eine davon wurden wir Ausschussmitglieder während der letzten GGZ-Ausschusssitzung am 20.3.2018 informiert:

Wenn eine ausgebildete Pflegekraft von auswärts nach Graz zur Arbeit in eine Pflegeeinrichtung der GGZ kommen möchte, aber auch Kinderbetreuung benötigt, so hat diese/r Pflegebedienstete den Essensbeitrag in voller Höhe sowie zusätzlich zum – sozial gestaffelten – Betreuungsbeitrag - einen Zuschlag von 200 Euro monatlich zu bezahlen.

In Euro heißt das, dass bis zu 500.- Euro monatlich an Kinderbetreuungskosten anfallen können.

Nur zu verständlich, dass sich solcher Art finanziell überfordertes – in den meisten Fällen weibliches – Pflegepersonal natürlich nicht dazu entschließen wird, seine wertvollen Kenntnisse in den Pflegeeinrichtungen der Stadt Graz anzubieten.

Fest steht aber, dass wir alle versierten Damen und Herren der Pflege bereits jetzt nötig haben und künftig wohl noch dringender brauchen werden.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Frage:

Sind Sie bereit, eine Lösung im Interesse der betroffenen nicht in Graz wohnhaften, Familien herbeizuführen, wenn ein Elternteil bei den GGZ ein Beschäftigungsverhältnis aufnimmt, beispielsweise durch Kompensation von Kinderbetreuungskosten durch eine entsprechende Gehaltskomponente oder durch andere das Tarifsysteem betreffende Maßnahmen, die gemeinsam mit dem für die Kinderbetreuung zuständigen Stadtrat Kurt Hohensinner erarbeitet werden könnten?

Bgm. Nagl:

Frau Gemeinderätin, die GGZ haben 2008/2009 ungefähr 700.000 € in die Hand genommen, in den Ausbau des Kinderbetreuungsentrums in der Albert-Schweitzer-Gasse auch investiert. Da machen wir auch laufende Verbesserungsarbeiten im Garten, beim Spielplatz, Akustik, Küche und die werden auch immer von der Stadt Graz und der GGZ mitfinanziert. Im Sommer 2018 ist im Übrigen jetzt auch wieder geplant, dass ein Künstler das Kinderbetreuungszentrum neu gestaltet. Die GGZ haben 2008/2009 eine Ausschreibung durchgeführt, wo Wiki damals als bester Betreiber und Kooperationspartner hervorging. Das Albert-Schweitzer-Kinderbetreuungszentrum ging im September 2009 mit zwei Kinderkrippengruppen und einer Kindergartengruppe in Betrieb. Es wird nach dem intergenerativen Konzept geführt. Die Kinder besuchen die SeniorInnen des Betreuten Wohnens und die Tagesgäste in

der Tagesklinik. Gemeinsam wird gespielt, gelernt, gefeiert und kreativ gearbeitet. Alle Generationen profitieren miteinander und ich möchte das hier auch noch einmal wiederholen, damit auch alle wissen wie professionell im Bereich der GGZ vorgegangen wird. Spannend auch, was die Öffnungszeiten anbelangt. Die Öffnungszeiten unseres Kinderbetreuungsentrums sind angepasst an die Dienstzeiten des patientennahen Bereichs der GGZ. Das heißt, das Kinderbetreuungszentrum öffnet schon um 6 Uhr und schließt um 18.30. Es ist ganzjährig, das ist auch etwas Besonderes, bis auf einen dreiwöchigen Betriebsurlaub, im Sommer geöffnet. Mehr als ein Drittel der Kinder sind Kinder von GGZ-MitarbeiterInnen und wenn man unsere Kooperationspartner mithinzuzählt, das ist Elisabethinen, Barmherzige Brüder und Österreichisches Rote Kreuz, und dann schaut, wie viele Kinder von uns dort in Summe betreut werden, dann sind wir schon bei mehr als der Hälfte, d.h. 55 % der Kinder sind von solchen Einrichtungen oder von den GGZ. Die Stadt Graz war 2009 so großzügig und hat die Einrichtung in das Grazer Tarifmodell aufgenommen. Die Abrechnung erfolgt direkt zwischen der Stadt Graz und dem Betreiber WIKI. Die GGZ zahlen keinen Zuschuss darüber hinaus. Einige auswärtige Gemeinden unterstützen leider ihre Eltern nicht, andere tun es, indem sie zu den für das Albert-Schweitzer-Kinderbetreuungs-zentrum anfallende Kinderbetreuungskosten beitragen. Diese Förderung wird direkt an den Betreiber Wiki überwiesen, nicht an die Eltern oder über die GGZ. Das ist somit auch dort kein Gehaltsbestandteil. Einige Gemeinden sind bis heute leider nicht bereit, den Zuschuss für eine Einrichtung außerhalb der Gemeinde zu bezahlen und dort liegt die Wurzel Ihrer Fragestellung. Ich kann es mir auch sehr schwer vorstellen, wie man bis zu 500 € monatliche Betreuungskosten kommt, denn das würde ja voraussetzen, dass es einen oder zwei Superverdiener gibt und du mindestens 5 Kinder dort ablieferst. Wie Sie auf Ihre 500 € kommen, können Sie mir vielleicht dann beizeiten noch vorrechnen. Betroffene Eltern müssten ihre heutige Anfrage richtigerweise daher an ihre Heimatgemeinde und die Bürgermeister stellen. Die Stadt Graz kann bzw. wird ihr Tarifmodell für Kinderbetreuungseinrichtungen keinesfalls zu Gunsten anderer Gemeinden abändern. Sie haben prinzipiell Recht, es ist schwer genug, Persönlichkeiten zu finden, die den schweren Pflegedienst tun und machen, aber wir

denken jetzt, wenn ich so sagen darf, auch ich nicht, daran, da eine Sonderausnahme zu machen und ich möchte da vielleicht auch darauf aufmerksam machen, dass wir in Graz 191.000 Jobs haben. Von den 191.000 Jobs sind 100.000 Jobs für Grazerinnen und Grazer und 91.000 Jobs mittlerweile für Menschen, die im Ballungsraum leben und sich auch größtenteils den Ballungsraum und die Nachbargemeinden, aus welchen Gründen auch immer, ausgesucht haben. Ich würde jetzt auch nicht wissen, wie ich eine solche Argumentation, wie Sie sie aufbauen, dann etwa bei PolizistInnen oder bei vielen anderen Bereichen anwenden würde. Weil es gibt auch viele private Einrichtungen in Graz, auch Pflegeeinrichtungen, und dann müssten wir ja für alle Nachbargemeinden aufmachen. Da es keine Eingemeindungsdebatte in der Steiermark, im Großraum Graz gegeben hat, würde ich vorschlagen, lassen wir das Problem bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die noch nicht bereit sind, dazuzahlen und dieses Thema aufzunehmen.

Heinrichs:

Ich möchte nur kurz dazu sagen, danke für die ausführliche und deutliche Antwort. Ich verstehe, dass der Ball sozusagen bei den Heimatgemeinden liegt und dort bleiben soll. Ich wollte nur noch einmal sagen, zu diesem Betrag komme ich aufgrund von Recherchen und es wurde sogar im Ausschuss auch auf meine Nachfrage dann bei der Personalvertretung von noch höheren Kosten gesprochen. Ich sage es jetzt deutlich, von € 800 monatlich, was natürlich völlig aussichtslos ist, bei diesem Betrag noch arbeiten zu gehen. Daher haben wir recherchiert und eben herausgehört aus den Recherchen, dass dieser Betrag von € 500 pro Monat eben ein realistischer ist für viele Leute, die von auswärts kommen. Das ist als Problem bei den GGZ dargelegt worden. Aufgrund dieser Darstellung komme ich überhaupt zu dieser Anfrage und weil Sie gesagt haben, das hätte dann zur Folge, dass man allgemein die Förderrichtlinien ändern müsste, ist uns schon klar, dass das nicht möglich ist und daher frage ich ja gezielt, was Sie als Zuständiger für die GGZ hier tun?

Dann darf ich vielleicht noch die Zusatzfrage stellen, im Zusammenhang mit dieser Recherche haben wir auch erfahren, dass die GGZ-Kindergartenplätze bis zum Herbst vergeben sind. Können wir davon ausgehen, wenn das der Fall ist, dass genug Kindergartenplätze und Krippenplätze ab Herbst überhaupt gegeben sind?

Nagl:

Erstens schnelle Antwort auch unmittelbar von meinem zuständigen Stadtrat, der sagt, wir eröffnen ja jedes Jahr so und so fast schon 10 neue Gruppen. Das heißt, wir versuchen ja diese 100 %-Versorgung anzubieten. Wir können natürlich auch im Besonderen dort dafür Sorge tragen, dass vor allem die MitarbeiterInnen und Mitarbeiter aus der GGZ natürlich hier ihre Kinder unterbringen können. Der Herr Stadtrat möchte sich auch gerne diese Fälle ansehen, wenn bei der Recherche ein Sonderfall herauskommt, dann uns einfach einmal übermitteln. Wir können uns das ansehen. Eines steht fest, wenn jemand 800 Euro bezahlen muss oder müsste, dann bedeutet das, dass die Eltern ein unglaubliches Einkommen haben müssen. Da sehe ich die soziale Bedürftigkeit nicht, sehr wohl ich weiß, dass das ganz schwierig ist, auch für uns, in Zukunft genügend Frauen und Männer zu finden, die diesen Pflegedienst bei uns leisten wollen. Wir haben ein generelles Problem, aber ich denke mir, dass das eine Geschichte ist, die man durchaus einmal im Rahmen des Zentralraumes Steiermark, Graz und Graz Umgebung und Voitsberg diskutieren kann. Ich werde es dort auch einmal mithinnehmen, weil dort sitzen alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und man muss dann schon fairerweise auch einmal anmerken und sagen, nur weil jemand einmal in Graz einen Job hat, ihn von einer Betreuung, die es sonst oft in den Gemeinden gibt, auszunehmen, nur weil er sein Kind auch mitnimmt, ist nicht ganz die feine englische Art, da sollten wir unser Kastldenken einmal aufgeben und vielleicht ist es dort ganz gut, wenn man das einmal in diesem Gremium einbringt, dass wir die auffordern, bitte nicht nur an das zu denken, weil umgekehrt die Stadt Graz auch in Graz-Umgebung bei vielen Projekten von Haus aus mit dabei ist.

Vorsitzwechsel – Bgm.-Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (12.40 Uhr).

5.5 Frage 5: Zwischenbericht des Grazer Energiemasterplans – Interview (GR. Mag. Sippel, FPÖ an Stadträtin Wirnsberger, Grüne)

Sippel:

Sehr geehrte Frau Stadträtin, in der Wochenzeitung „Der Grazer“ gab der Abteilungsvorstand des Umweltamtes ein kurzes Interview. Der Zweck relativ klar, die von Ihnen getätigten Aussagen und Forderungen hinsichtlich den Energiemasterplans und des Zwischenberichts das Klima betreffend zu legitimieren.

Unter der Rubrik „Kurz gefragt...“ wurde der Herr Abteilungsleiter sehr apokalyptisch, also von Eiszeiten und von der Unbewohnbarkeit Mitteleuropas war da die Rede. Da ist der Film Armageddon ja wirklich ein Kindergeburtstag dagegen. Es stellt sich für mich schon die Frage, wie es zu so einem Interview kommt. Wenn man Ihre Aussagen und das, was der Herr Abteilungsvorstand gesagt hat, wenn man da die Conclusio auch macht, dann bedeutet das ja, wenn man nicht schnell in Graz CO₂-frei werden, wird Mitteleuropa unbewohnbar. So verstehe ich es zumindest. Daher erfolgt gegenständliche

Frage:

Erfolgte gegenständliches Interview auf Ihre Weisung hin bzw. – sofern dies nicht der Fall ist – waren Sie über den Inhalt informiert?

Originaltext der Frage:

In der Printausgabe der Wochenzeitung „Der Grazer“ gab der Abteilungsvorstand des Umweltamtes ein kurzes Interview, in dem auch Sie die fachliche Meinung Ihres Abteilungsvorstandes mit der einen oder anderen Wortmeldung drapierten.

Unter der Rubrik „Kurz gefragt...“ wurde Herr DI Dr. Prutsch durchaus apokalyptisch. Der Inhalt des Interviews wird zur Kenntnis genommen, doch stellt sich unsererseits die Frage, wie es zu diesem Gespräch gekommen ist.

Aus diesem Grund richte ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

gem. § 16a der GO des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz:

Erfolgte gegenständliches Interview auf Ihre Weisung hin bzw. – sofern dies nicht der Fall ist – waren Sie über den Inhalt informiert?

StRⁱⁿ Wirnsberger:

Geschätzte Gäste auf der Galerie, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Herr Klubobmann. Zur ersten Frage, ob ich eine Weisung erteilt habe für ein Interview. Ich weiß nicht, wie Ihr Stadtrat das hält, aber ich erteile natürlich keine Weisungen an die Abteilungsvorstände in meiner politischen Zuständigkeit. Message Control halte ich nicht so. Ich verlasse mich auf die Fachkompetenz unserer Abteilungen hier in dieser Stadt und Dr. Werner Prutsch, der nunmehr seit bald 10 Jahren Abteilungsleiter des Umweltamtes ist, hat in den letzten Jahren diese Kompetenz mehrfach bewiesen. Er ist im Haus Graz fachabteilungsübergreifend, parteiübergreifend hoch angesehen durch seine sachliche und fachliche Expertise, aber auch über die Stadtgrenzen hinaus und sogar europaweit. Beispielsweise hatten wir gestern eine Delegation zu Gast hier in Graz, die ich gemeinsam mit dem Umweltamtsleiter empfangen habe, aus Straßburg und aus Hamburg und wo Kolleginnen und Kollegen sich das Best-practice-Beispiel in Graz, was den Fernwärmeausbau angeht, angesehen haben. In diesem Sinne möchte ich hier noch einmal wirklich feststellen und klarstellen, dass ein Diskreditieren der

unabhängigen Kompetenz unserer Fachabteilungen und insbesondere des Umweltamtsleiters ich hier einfach für sehr unerhört halte. *(Appl. SPÖ + KPÖ + Grüne)*

Zu Ihrer Frage, ob mir der Inhalt dieser Aussagen, die Dr. Werner Prutsch auf die Frage, was denn passieren könnte, bekannt war oder was Worst-case-Szenarios wären, wenn wir dieses Ziel, das im Pariser Abkommen festgehalten ist, das Österreich 2016 ratifiziert hat, ohne die Stimmen der FPÖ wohl gemerkt. Auf diese Frage hat er als ein mögliches Szenario eben darauf hingewiesen, dass es durch die Erderwärmung durchaus auch zu empfindlichen Abkühlungen kommen kann. Natürlich ist mir dieser Inhalt bekannt. Dieser Inhalt ist nicht nur mir bekannt, der wird gerade aktuell seit gestern erst wieder europaweit diskutiert. Gestern wurde im Fachmagazin Nature eine Studie veröffentlicht, es gibt jetzt die genauesten Messungen bisher, die zeigen, dass der Golfstrom tatsächlich schwächer wird und diese Messungen belegen, dass der Golfstrom 15 % langsamer ist und genau das ist der Hintergrund, der eben zeigt, dass der Golfstrom als Fernheizung Europas, wenn dort die Stabilität nicht mehr gegeben ist, es zu empfindlich Abkühlungen in Europa kommen kann und das natürlich dann massive Auswirkungen haben wird. Ich möchte an dieser Stelle schlussendlich noch einmal festhalten, ich hoffe wirklich, dass es Ihnen mit dieser Frage nicht darum geht, die Klimawandelforschung in Frage zu stellen in Graz. Hier werden Sie, wenn ich mir ansehe auch, was wir im Umweltausschuss für Beschlüsse fassen, da würde man vermutlich allein dastehen und ich hoffe, dass wir weiterhin auf einem guten Weg sind und selbstverständlich ist es notwendig, dass wir unsere Bemühungen noch erhöhen. Wir werden dann auch im Umweltausschuss den einstimmig beschlossenen Masterplan sehen, dass sehr vieles erreicht wurde, wir aber auch noch massive Anstrengungen brauchen, um unseren Beitrag leisten zu können.

Sippel:

Danke einmal. Um was es mir in dieser Frage geht, ist ganz einfach, dieses Wechselspiel zwischen Ihnen und ihrem Abteilungsvorstand zu hinterfragen. Ich

möchte da gar nicht auf den Inhalt eingehen, aber das ist dann doch eine sehr eigenartige Platzierung, nennen wir es einmal so. Was auch interessant ist. Es mag ja durchaus sein, dass hier vieles, was Sie gesagt haben, auch tatsächlich Phänomene sind, die auf uns zukommen und die sicher das Weltklima betreffend besorgniserregend sind, das steht außer Frage, aber ich glaube nicht, dass wir das von Graz aus lösen werden können. Das sollten wir vielleicht auch einmal berücksichtigen.

Meine Zusatzfrage:

Warum ist es für Sie so schwer, positive Trends, wie z.B. auch beim Feinstaub jetzt, mir liegt ja da eine Trendbetrachtung vor seit 2001, die eindeutig zeigt, dass es um die Luftgüte nicht sehr gut natürlich noch, da können wir noch viel arbeiten, das ist keine Frage, da sind wir d'accord, aber dass es da einen eindeutigen Trend gibt, der zeigt, dass die Luftqualität tendenziell besser wird in Graz und das zeigt sich auf allen Messstationen unserer Stadt und ich frage mich schon, warum es so schwer ist, auch einmal das anzuerkennen und diese Daten dann auch einmal als Umweltstadträtin zu vertreten. Sie könnten eigentlich jubeln in Ihrer Zuständigkeit, dass die Maßnahmen, die z.B. ein Umweltlandesrat Gerhard Kurzmann in seiner Tätigkeit damals als Landesrat, nämlich im Luftreinhalteprogramm, getätigt hat, dass die jetzt langsam zu greifen beginnen. *(Appl. FPÖ)*

Bgm. Nagl:

Frau Stadträtin, bricht Jubel aus?

Wirnsberger:

War das jetzt eine Aufforderung zum Jubeln oder ist es eine konkrete Frage?

Sippel:

Beides.

Wirnsberger:

Ich möchte mich noch einmal an das Interview oder diesen Artikel erinnern, auf den Sie sich bezogen haben. Da wird durchaus die positive Bilanz gezogen, es ist aber weder meine Aufgabe als Umweltstadträtin noch unser aller Aufgabe, hier herinnen in Jubelmeldungen zu verfallen, wenn wir genau wissen, was eigentlich die Herausforderungen in der Stadt sind und was den Feinstaub und die Luftbelastung angeht, da wissen wir, dass noch sehr vieles zu tun ist und da wüsste ich nicht, warum die Menschen in Graz einen Vorteil davon hätten, wenn wir jubeln, wenn die Luftwerte einfach ganz klar aufzeigen, dass wir noch einiges zu tun haben. Unsere Aufgabe ist es, dass wir uns nicht auf Lorbeeren ausruhen, sondern dass man schaut, was gibt es noch zu tun, damit wir uns da sachlich damit auseinandersetzen und Ziele setzen und da beharrlich dranbleiben und Verbesserungen erreichen. *(Appl. Grüne)*

5.6 Frage 6: Smartphone-Workshop für SeniorInnen (GRⁱⁿ Ribo, MA, Grüne an Stadtrat Hohensinner, MBA, ÖVP)

Ribo: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie. In meiner heutigen Frage geht es um Smartphone-Workshops für SeniorInnen. Wir wissen alle, dass mit der fortschreitenden Digitalisierung in unser aller Leben sich vieles verändert hat. Es betrifft sehr viele Lebensbereiche von uns, die da eben betroffen sind. Für die Mehrheit von uns ist es so, dass wir mit der Digitalisierung mitgehen, dass wir die digitale Welt nutzen und auch die Möglichkeiten, die sich uns dadurch bieten. Eben neben den Gefahren, die es natürlich auch gibt. Es ist auch so, dass ältere Menschen oft etwas größere Berührungsängste haben, wenn es

in diese Richtung geht. Diese entdecken aber trotzdem immer wieder auch die Möglichkeiten der digitalen Welt für sich bzw. wie sie dadurch ihren Alltag erleichtern könnten. Mittlerweile gibt es eben auch Apps z.B., die speziell für die Zielgruppe der älteren Menschen entwickelt wurden. Da wird man erinnert daran, wann man ein Medikament einnehmen muss etc. Es ist auch so, dass es Fakt ist, dass sehr viele ältere Menschen auch Smartphones besitzen, oft aber, da möchte ich nicht nur die älteren Menschen hier irgendwie so hinstellen, aber es geht mir auch oft so, dass man mit der Anwendung überfordert ist, dass man sich nicht auskennt und hat dann ein I-Phone oder Samsung, was auch immer, und weiß nicht, was es alles kann. Ein schnelles Erklären, das weiß ich auch aus eigener Erfahrung, dass es nicht nimmer hilft, weil oft vergisst man das wieder. Deswegen wäre die Vermittlung von grundlegendem Wissen, wie z. B. die wichtigsten Anwendungen zu benutzen sind, wie man WhatsApp benutzt, wie man Fotos macht, die man dann an die Enkelkinder schickt, das wäre nicht schlecht, wenn das im Rahmen eines Kurses passieren würde. Die Nachfrage nach solchen Kursen ist sehr hoch und das haben natürlich auch die Netzbetreiber für sich entdeckt. Mittlerweile bieten die das natürlich gegen Entgelt an. Es ist natürlich so, dass das WIFI und der der Verein Nova diese Kurse anbieten, aber zum Teil eben nicht unentgeltlich. Es gibt auch, da habe ich bei der Stadtbibliothek angerufen und nachgefragt, auch dort gibt es natürlich Kurse für SeniorInnen, aber da geht es eher um PC- und Internetkurse. Da meint man eben nicht genau diese Smartphone Workshops, die ich da als Idee habe. Das SeniorInnenbüro der Stadt Graz bietet auch eine Reihe von Veranstaltungen natürlich auch für ältere MitbürgerInnen, aber auch so einen Kurs habe ich dort nicht gefunden. Daher meine

Frage

an dich, lieber Kurt:

Bist du bereit, gemeinsam mit dem SeniorInnenbüro der Stadt Graz das Angebot von kostenlosen bzw. gut leistbaren Smartphone-Workshops für SeniorInnen zu prüfen und umzusetzen?

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kurt!

Mit der fortschreitenden Digitalisierung erleben wir einen rasanten gesellschaftlichen Wandel, der alle Facetten unseres Lebens erfasst. In den vergangenen Jahren haben sich viele Lebensbereiche dadurch grundlegend verändert.

Für die große Mehrheit von uns ist es bereits selbstverständlich, sich in der digitalen Welt zu bewegen und ihre Möglichkeiten zu nutzen. Ältere Menschen haben hier zum Teil noch größere Berührungängste, entdecken die digitale Welt aber immer mehr für sich und nutzen diese auch im Alltag. Denn die digitale Technik bietet zahlreiche Möglichkeiten, die das Leben im Alter erleichtern und verbessern. So ist es per Internet möglich, auch mit entfernt lebenden Familienmitgliedern und FreundInnen in Kontakt zu bleiben. Einkaufen und Hauszustellung können über Internet leicht organisiert werden. Hinzu kommen viele nützliche Apps, die speziell für die Zielgruppe der älteren Menschen entwickelt wurden, beispielsweise eine Erinnerungs-App für die Einnahme von Medikamenten.

Mittlerweile besitzen auch viele ältere Menschen ein Smartphone, sind jedoch mit der Anwendung oft überfordert bzw. nicht in der Lage, die vielen Möglichkeiten, die es bietet, auch zu nutzen. Ein schnelles Erklären oder ein einzelner Rat helfen hier nur bedingt weiter, was es braucht, ist die Vermittlung von Grundlagenwissen zu den wichtigsten Anwendungen und praktische Übungen, um das Erlernte zu vertiefen, also beispielsweise, wie man WhatsApp für die tägliche Kommunikation nutzen kann, wie man Fotos macht und sie verschickt, wie man sich im Internet sicher bewegt oder wie man eine App installiert.

Die Netzbetreiber haben diese Lücke entdeckt und bieten mittlerweile Smartphone-Workshops an, daneben gibt es in Graz auch einige andere Anbieter wie das WIFI oder den Verein Nowa, wobei diese Kurse alle - mit zum Teil nicht unerheblichen - Kosten

verbunden sind. Unsere Stadtbibliothek bietet speziell für SeniorInnen PC- und Internet-Kurse an, aber keine speziellen Kurse für Smartphones. Zudem kommt, dass die Nachfrage sehr groß und die Wartezeit auf einen Platz lang ist.

Das SeniorInnenbüro der Stadt Graz bietet eine Reihe von Veranstaltungen und Workshops für unsere älteren MitbürgerInnen. Ein regelmäßiges Schulungsangebot zum Thema Smartphone würde ganz sicher auf einen großen Bedarf treffen und ließe sich unter Umständen auch mit generationen-übergreifenden Projekten verbinden.

Daher stelle ich folgende

Frage:

Bist du bereit, gemeinsam mit dem SeniorInnenbüro der Stadt Graz das Angebot von kostenlosen bzw. gut leistbaren Smartphone-Workshops für SeniorInnen zu prüfen und umzusetzen?

StR. Hohensinner:

Sehr geehrte Gemeinderätin. Ja, die Frage ist eine gute, eine zeitgemäße. Ich möchte antworten, dass das SeniorInnenbüro ein umfassendes Angebot macht. Ich bin wirklich begeistert, möchte mich an dieser Stelle bei der Frau Drⁱⁿ Andrea Fink und bei der Drⁱⁿ Ulla Herfort-Wörndle und ihrem Team bedanken. Es ist wirklich großartig. Das Angebot wird alle zwei Monate in einem Heftchen zusammengefasst und das Angebot erstreckt sich vom Fahrsicherheitstraining für Pensionisten, wir haben das erst gestern präsentiert, vielleicht hast du es auch heute in der Zeitung gelesen, bis hin zum richtigen und geschickten Umgang mit Smartphones. Da gibt es bereits sehr viel. Ich möchte auch kurz einen Überblick geben, und zwar am 15. März 2018 hat ein Workshop zum Thema Internet stattgefunden. Dieser Workshop wurde wirklich sehr gut angenommen. Weiters findet bereits seit dem Jahr 2000 monatlich das Senior-Net-

Café statt, indem Beratungen rund ums Tablet, Internet und Smartphone angeboten werden. Es gibt über die Fachhochschule auch Kurse. Ein Kurs heißt sehr trefflich „Goodbye Handy, hello Smartphone“. Ich habe jetzt gerade auch gehört, dass der Seniorenbund mit Ernest Schwindsackl kostenlos solche Kurse anbietet. Es heißt vielleicht, wenn man über die Parteigrenzen hinausdenkt, können die Grünen PensionistInnen auch zum ÖVP-Seniorenbund gehen.

Lautes Diskutieren in den Reihen der Grünen.

Hohensinner:

Ok. Ich muss zuerst mit Ernest Schwindsackl reden, ob das auch so ok ist, aber das Kopfnicken bedeutet ja. Die Grünen Pensionisten sind willkommen. Aber zu deiner Frage. Es gibt gerade brandaktuell einen Kurs, veranstaltet am 25. April, du hast es auch richtig gesagt, es bringt nicht viel, wenn das ein Zwei-Stunden-Kurs ist, das muss wirklich nachhaltig sein mit einigen Tagen, dieser Kurs bietet das auch, eben gemeinsam mit dem Verein Nova am 25.4., 2.5., 9.5. und 16.5. Hier sind Kosten. Nämlich kostet der Kurs 36 €, wir haben aber auch eine Unterstützung seitens des SeniorInnenreferats hier bereitgestellt. Das heißt, Mindestpensionistinnen und -pensionisten zahlen hier nur 18 €. Dieser Kurs ist nun Präsentiert. Wenn wir draufkommen, dass dieser Kurs restlos ausgebucht ist, habe ich Rücksprache gehalten auch mit dem SeniorInnenbüro, dann werden wir auch in weiterer Folge mehrere Kurse anbieten. Ich glaube, da haben wir für die Grazer Pensionistinnen und Pensionisten wirklich ein tolles Angebot, wenn die 18 € zu teuer sind, dann bitte wenden Sie sich, oder wende dich bitte an den Seniorenbund. Danke.

Ribo:

Eine Anmerkung noch. Auch von unserer Seite, wir Grüne schätzen natürlich auch die Arbeit vom SeniorInnenbüro und sind den Personen, die da dahinterstehen, sehr dankbar. Ich schaue mir auch das Helft regelmäßig durch. Die Beratungskurse die du da angesprochen hast, dieses Net-Work, wie sie auch heißen, da habe ich auch angefragt. Es ist so, dass die über ein Jahr lang ausgebucht sind. Es ist nicht so, dass ich mir da überhaupt keine Gedanken dazu gemacht habe und einfach mir gedacht habe, das könnte ich jetzt fragen. Ich habe wirklich recherchiert, das Angebot ist da, ich weiß, ich habe das auch erwähnt vom Verein Nova, aber die Nachfrage ist auch eine sehr große. Mir geht es in dieser Richtung nicht nur um Grüne SeniorInnen, sondern mir geht es um alle SeniorInnen in der Stadt Graz, das möchte ich festhalten.

Ich weiß, dass du in diese Richtung immer offen bist, ich möchte da gar nicht kritisieren oder so. Was vielleicht nicht schlecht wäre, wenn man wirklich mit dem Verein Nova zusammenarbeitet, dass man auch auf ihrer Homepage das anmerkt, dass es für MindestpensionistInnen eben diese Reduzierung gibt oder dieser Kostenbegünstigung gibt, weil das habe ich nicht gesehen. Ich hoffe, dass diese Kurse wirklich ausreichen. Ich weiß, dass die Netzbetreiber da sehr dran sind, Geld zu machen, muss ich ganz ehrlich sagen und ich weiß auch, dass sehr viele private Vereine sich damit beschäftigen und da auch Kurse anbieten. Danke.

Nagl:

Wir suchen noch die Zusatzfrage.

Ribo:

Gibt es keine.

Hohensinner:

Ah, schön, dann habe ich so gut geantwortet.

5.7 Frage 7: Waschküchen

(GRⁱⁿ Robosch, SPÖ an Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio, FPÖ)

Robosch:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeisterstellvertreter. Es geht heute um Waschküchen, denn erst unlängst tauchte in den sozialen Medien ein Foto auf, das eine Rechnung für eine Waschmaschine zeigte, die angeblich vom Sozialamt Graz bezahlt worden sei.

Die FPÖ, vor allem die FPÖ Graz, hat diese Gelegenheit genutzt, ohne jeglichen Fakten oder so genannten „alternativen“ Fakten Stimmung gegen Migrantinnen und Migranten zu machen und das Sozialamt dafür zu diskreditieren. Fakt ist, dass es für den Kauf der Waschmaschinen einen Zuschuss in Graz gibt, von maximal bis zu 200 €. Das ist auch gut so, denn jeder, der schon eine Waschmaschine bedient hat, weiß, Wäsche waschen ist kein Privileg, sondern Wäsche waschen ist ein existenziell und ein notwendiges Übel.

Umso erschreckender ist die Tatsache, dass in Grazer Gemeindewohnungen kaum noch Waschküchen vorhanden sind und BewohnerInnen dadurch gezwungen sind, selbst teure Geräte zu kaufen. Gerade im sozialen Wohnbau wäre es die Aufgabe der Stadt Graz, ausreichend Waschmöglichkeiten für alle anzubieten und die Menschen vor diesen Kosten zu schützen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, folgende

Frage:

Was werden Sie als zuständiger Wohnbaustadtrat tun, um dafür zu sorgen, dass alle Gemeindewohnungen der Stadt Graz mit ausreichend Waschmöglichkeiten/
Waschküchen ausgestattet werden?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter!

Erst unlängst tauchte in den sozialen Medien ein Foto auf, das eine Rechnung für eine Waschmaschine zeigte, die angeblich vom Sozialamt Graz bezahlt worden sei. Die FPÖ, allen voran Armin Sippel, nutzte diese Gelegenheit natürlich, um völlig ohne Fakten Stimmung gegen Migrantinnen und Migranten zu machen und das Sozialamt zu diskreditieren. Fakt ist, dass es für den Kauf von Waschmaschinen einen Zuschuss gibt. Das ist auch gut so, denn Wäsche waschen ist kein Privileg, sondern ein notwendiges Übel, das wir alle tun müssen.

Umso erschreckender ist die Tatsache, dass es in sehr vielen Grazer Gemeindewohnungen keine Waschküchen gibt und die BewohnerInnen dadurch gezwungen sind, selbst teure Geräte anzuschaffen. Gerade im sozialen Wohnbau wäre die Stadt Graz gefordert, ausreichend Waschmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, um den Menschen diese Kosten zu ersparen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, folgende

Frage:

*Was werden Sie als zuständiger Wohnbaustadtrat tun, um dafür zu sorgen, dass alle Gemeindewohnungen der Stadt Graz mit ausreichend Waschmöglichkeiten/
Waschküchen ausgestattet werden?*

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Frau Gemeinderätin, als Antwort darf ich Ihnen Folgendes geben, zu den Fakten: Wohnen Graz verwaltet ca. 4.400 Bestandseinheiten in 510 Objekten, gezählt nach Stiegenhäusern.

Zur Zeit stehen für rund 1500 dieser Bestandseinheiten in 84 Objekten gesamt 37 Waschmaschinen und 27 Wäschetrockner zur Verfügung. Betrachtet man das Jahr 2017, so wurden diese Geräte für rund 10.000 Waschvorgänge genutzt. Im

Durchschnitt gibt es da Einnahmen, pro Vorgang von einem Euro. Dies ergibt mit 156 Nutzungen pro Maschine, umgelegt auf die Haushalte, ca. 7 Vorgänge im Jahr. Anhand dieser Zahlen ist es leicht erkennbar, dass diese Einrichtungen nur noch vereinzelt von verhältnismäßig wenig Haushalten in Anspruch genommen werden. Den Einnahmen der letzten 3 Jahre in Höhe von rund 35.600 € stehen Kosten durch Anschaffung von Ersatzgeräten und Reparaturen von rund 35.500 € in dieser Zeit gegenüber. Dazu kommen noch die damit verbundenen Stromkosten für 3 Jahre in der Höhe von € 12.500, sowie die Personalkosten aufgrund der Betreuung. Die aus dem Betrieb entstehenden Kosten sowie die Anschaffungskosten gehen zu Lasten aller und werden im Rahme der Betriebskosten allen Mietern vorgeschrieben. Gesamt gesehen ist eine gemeinsame Waschküche mit Waschmaschine und Wäschetrockner nicht mehr zeitgemäß und ist auf eine Zeit zurückzuführen, wo es in den einzelnen Wohneinheiten teilweise keine Bäder und vor allem keinen eigenen Waschmaschinenanschluss gegeben hat. Heute geht man den Weg, dass bei Neubau- und Brauchbarmachungen auf jeden Fall ein eigener Waschmaschinenanschluss in der Wohnung vorgerichtet wird. Das heißt, dass jede angebotene Gemeindewohnung über einen eigenen Waschmaschinenanschluss verfügt, was übrigens dem heutigen Standard in unseren geografischen Breiten, zumindest bei uns in Österreich, entspricht und das werden wir auch weiterhin umsetzen und forcieren.

Robosch:

Allen voran möchte ich sagen, dass ich die Tochter eines Hausmeisters bin in einem Mehrparteienhaus, wo es zwei Waschküchen gibt. Ich mache auch jedes Jahr die Urlaubsvertretung von meinem Vater und bin daher sehr informiert darüber, dass die Waschküche doch, auch wenn sie nicht mehr zeitgemäß ist, sehr effektiv genutzt wird und um den Schlüssel für diese Waschküchen tägliche Streits ausbrechen.

Diesbezüglich möchte ich auch meine Zusatzfrage stellen. Wenn nicht genügend Waschmöglichkeiten vorhanden sind und man diese auch sehr schlecht nutzen kann, dann kann man sich leicht hinstellen und behaupten, sie werden nicht mehr genützt. Wien als Waschküchenerfolgsmodell ist einen anderen Weg gegangen und baut heute noch Gemeindewohnungen mit Waschküchen und hat auch eine sehr moderne App, wo man sie im Voraus quasi reservieren kann und dadurch effektiver nutzen kann. Hier sind die Nutzungen gestiegen und daher finde ich es ist auch für Graz eine Entwicklung, die wir uns andenken sollten, die Waschküchen eher zu sanieren und zu erneuern, um sie effektiver nutzbar zu machen. Deswegen wollte ich in meiner Zusatzfrage auch darauf hinweisen, wäre es nicht gescheiter vom FPÖ Vorsitzenden und Stadtrat für Wohnen, da nicht das Sozialamt zu diskreditieren, sondern wirklich moderne Waschküchen zu installieren?

Eustacchio:

Zum Ersten habe ich das Sozialamt nicht diskreditiert, das mag Ihnen entgangen sein, deswegen stelle ich es hier richtig. Zum Zweiten, Frau Kollegin, haben wir dann, wenn Sie dieses System anwenden wollen, einen Rückschritt ins letzte Jahrhundert, was wir nicht tun wollen. Sondern im Gegenteil, so wie ich es ausgeführt habe, versuchen wir oder machen wir es bei Neubau, dass wir die Anschlüsse gleich fix und fertig machen, bei allen brauchbar machen. Sprich, wenn eine Wohnung frei wird und sie dann brauchbar gemacht wird, wird das ergänzt. Darüber hinaus, weil Sie von den Kosten sprechen, und Sie haben ja heute auch schon das Sozialamt erwähnt, Kollege

Hohensinner sitzt ja neben mir, der könnte das noch viel besser sagen, gibt es ja die Möglichkeit, bis zu 200 € abzuholen, wenn man in der Situation ist, diesen Zuschuss zu bekommen und kann sich damit auch eine Waschmaschine leisten. In dieser Größenordnung gibt es auch Angebote. Es ist darüber hinaus gesehen eine gesetzliche Vorgabe, dass dieses Geld zur Verfügung gestellt wird. Die Möglichkeiten sind hier, und wir sind im 21. Jahrhundert und wollen nach vorne schauen und nicht zurück.

**5.8 Frage 8: Innenstadtentflechtung bei Verengung des Marburger Kais?
(GR. Mag. (FH) Egger, ÖVP an Stadträtin Kahr, KPÖ)**

Egger:

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste auf der Zuschauertribüne, sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr. Ich habe heute überraschenderweise eine Frage zum Verkehr. Wir haben letzten Herbst in der Gemeinderatssitzung ein Projekt beschlossen, das die Innenstadt entlasten soll, was die Straßenbahnen betrifft. Die sogenannte Straßenbahnlinie Süd-West mit der Innenstadtentflechtung und gleichzeitig hat ja die Änderung der Verkehrsführung am Marburger Kai stattgefunden und man ist ja gerade eifrig dabei, in der ganzen Stadt zumindest den Durchzugsverkehr und nicht das Leben zu erleichtern. Daher habe ich da eine Sorge und da knüpft meine Frage an. Es ist zwar noch ein wenig Zeit bis dahin, bis die Bauarbeiten beginnen, aber die Planungen werden jetzt starten.

Wie soll der durch die Straßenbahnführung in der Neutorgasse zumindest teilweise verlagernde KFZ-Verkehr vom nunmehr einspurigen Marburger Kai nach dem Bau der Innenstadtentflechtung aufgenommen bzw. dadurch ein Verkehrskollaps vermieden werden?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr!

In der Sitzung des Gemeinderates vom 19.10.2017 wurde die Projektgenehmigung für die Straßenbahnlinie Süd-West – Innenstadtentflechtung - über die Neutorgasse – beschlossen und im zeitlichen Gleichschritt der Marburger Kai baulich auf eine durchgehende Fahrspur verengt - der eine zweispurige Entlastungsstrecke für den dortigen Individualverkehr hätte darstellen können.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Verkehrsstadträtin Elke Kahr, folgende

Frage:

„Wie soll der durch die Straßenbahnführung in der Neutorgasse zumindest teilweise verlagernde Kfz-Verkehr vom nunmehr einspurigen Marburger Kai nach dem Bau der Innenstadtentflechtung aufgenommen bzw. ein Verkehrskollaps vermieden werden?“

StRⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat. Wie Sie richtig gesagt haben, haben wir die Innenstadtentlastungsstrecke im Gemeinderat beschlossen, ebenso aber auch, muss ich dazusagen, das Planungswerk im Marburger Kai ist ja auch hier beschlossen worden hier im Gemeinderat. Aufgrund Ihrer Frage habe ich selbstverständlich Rücksprache mit dem Planungsteam gehalten und diese Information möchte ich Ihnen heute mitgeben. Da ist übrigens Stadtplanung, Verkehrsplanung und Straßenamt in einer Arbeitsgruppe bezüglich Innenstadtentflechtung beisammen und im Zuge dieser Variantenuntersuchung ist Folgendes festgehalten worden, dass nämlich die Neutorgasse auch, und das ist wichtig, unter Anbetracht einer zu erwartenden Zunahme von KFZ-Verkehr ausreichend Kapazitätsreserven aufweist. Die Einführung des Straßenbahnverkehrs in diesem Abschnitt hat keine maßgebenden Auswirkungen

auf die Leistungsfähigkeit des Bereichs Neutorgasse, Belgiergasse. Insofern sind hier auch keine maßgeblichen Verlagerungen von Fahrten auf den Marburger Kai zu erwarten.

Egger:

Danke für die Antwort. Meine Frage ist aber in die Richtung gegangen, was passiert während der Bauzeit? Weil da ist natürlich damit zu rechnen, dass es zu Verzögerungen bzw. zu Behinderungen kommt, denn dort, wo gebaut wird, wird vermutlich in der Zeit kein Straßenverkehr möglich sein. Daher gibt es Überlegungen, wie man in der Zeit, und auf das hat sich die Frage bezogen, in der Zeit mit der Verkehrssituation dort umgeht?

Kahr:

Dieser Bericht liegt mir noch nicht vor, ist auch klar, weil das ja noch im Anfangsstadium ist, aber, Herr Gemeinderat, Sie wissen, dass es nicht nur da zu einer Baustelle kommt, sondern auch bei allen anderen Baustellen rechtzeitig eine Information ergeht und das werden Sie als Verkehrsausschussteilnehmer auch rechtzeitig erfahren, wie die Verlagerungen dann während dieser Bauzeit zu erfolgen haben.

Bgm. **Nagl:** Vielen Dank, es geht sich noch eine Frage aus. Bitte, Frau Kollegin.

5.9 Frage 9: Stellenausschreibungen für Fahrpersonal bei der Holding Graz (GRⁱⁿ Mag.^a Taberhofer, KPÖ an Stadtrat Dr. Riegler, ÖVP)

Taberhofer:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. In den vergangenen Monaten wurde immer wieder in den Medien darüber berichtet, dass es zu wenig Fahrpersonal bei der Holding Graz gibt. Diese Unterbesetzung hat natürlich negative Folgen für die Einzelnen. Sei es einerseits eben in Form einer vielfach größeren Belastung, da es zu Engpässen bei den Dienstplänen kommt und andererseits dadurch, dass Urlaubstage nicht immer im vorgesehenen Ausmaß konsumiert werden können. Die Auswirkungen zeigen sich in mehr Stress bis hin zu einer Häufung krankheitsbedingter Ausfälle. Die Holding Graz hat selbst bereits auf einen höheren Bedarf beim Fahrpersonal hingewiesen. In diesem Zusammenhang stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage:

Können Sie bitte darüber Auskunft geben, wie viele Ausschreibungen für eine Aufstockung des Fahrpersonals, mit welchen Ergebnissen seit dem vergangenen Jahr erfolgt sind, um zu einer Verbesserung der Personalsituation im Interesse aller Beteiligten zu kommen?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, in den vergangenen Monaten wurde immer wieder in den Medien darüber berichtet, dass es zu wenig Fahrpersonal bei der Holding Graz gibt. Diese Unterbesetzung hat negative Folgen für die Einzelnen, sei es einerseits in Form einer vielfach größeren Belastung, da es zu Engpässen bei den Dienstplänen kommt, und andererseits dadurch, dass Urlaubstage nicht immer im vorgesehenen Ausmaß

konsumiert werden können. Die Auswirkungen zeigen sich in mehr Stress bis hin zu einer Häufung krankheitsbedingter Ausfälle. Die Holding Graz hat selbst bereits auf einen höheren Bedarf beim Fahrpersonal hingewiesen.

In diesem Zusammenhang stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage:

Können Sie bitte darüber Auskunft geben, wie viele Ausschreibungen für eine Aufstockung des Fahrpersonals mit welchen Ergebnissen seit dem vergangenen Jahr erfolgt sind, um zu einer Verbesserung der Personalsituation im Interesse aller Beteiligten zu kommen?

Riegler:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin Taberhofer, danke für die Frage, denn da gibt es durchaus einiges, was es zu erläutern gibt. Zunächst einmal als Vorbemerkung, und das ist mir sehr wichtig, dass das auch in diesem Rahmen einmal gesagt wird:

Selbstverständlich möchte niemand, absolut niemand irgendjemandem Krankenstände vorhalten oder vielleicht sogar Kritik üben, die eben in Krankenständen sind. Zweitens möchte ich die Gelegenheit nutzen, darauf hinzuweisen, was für ein hervorragender und umsichtiger Arbeitgeber die Holding Graz ist. Ich verweise, falls es nicht bekannt ist, auf diese Broschüre der Holding Graz, die Sie jederzeit auch aus dem Netz herunterladen können und die im Übrigen gemeinsam in einem engen Schulterschluss und in enger Abstimmung auch mit dem Zentralbetriebsratsvorsitzenden Horst Schachner verfasst worden ist, der da auch persönlich dabei ist in der Einleitung, und in dieser Broschüre wird dargestellt, welche umfassenden Maßnahmen von Coaching über gesunde Betriebskantine, über betriebliche Gesundheitsförderung, Gratisapfel, Chairmassage, Gutscheine für weitere sportliche Ertüchtigungen, Telearbeit, 100 %ige

Anerkennung der Karenzzeiten, Väterkarenz, ich zähle nur diese paar Begriffe auf, Kinderzulage. Welche Maßnahmen die Holding Graz insgesamt setzt, um ein guter Dienstgeber zu sein und ich möchte alle, die sich dafür interessieren, einladen, sich diese Broschüre auch aus dem Internet herunterzuladen oder ich werde mich dafür einsetzen, dass man in der nächsten Gemeinderatssitzung diese Broschüre auch verfügbar hat. Was nun die konkrete Nachbesetzung betrifft, ist es so, dass im Jahr 2017 keine Ausschreibung stattgefunden hat, wohl aber 63 Aufnahmen von Fahrerinnen und Fahrern bei 190 Initiativbewerbungen. Das heißt, es gibt eine sehr große Zahl an Initiativbewerbungen und dementsprechend auch eine große Anzahl an Aufnahmen. Um das auch einmal hier in diesem Rahmen erklärt zu haben, die Unterbesetzung im Fahrpersonal beträgt lediglich 1,9 %, d.h. 624 Vollzeitäquivalenten im Fahrpersonal stehen lediglich 12 nicht besetzte Dienstposten gegenüber. Ich möchte meine Antwort auch dazu nutzen, um Gelegenheit zu haben, sagen zu können, dass das Problem weit nicht in der Dramatik ist, wie das gelegentlich dargestellt wird.

Taberhofer:

Ich bedanke mich für die Information und hoffe, dass es auch weiterhin Ausschreibungen geben wird, weil ich auch an Verlängerungen denke, die jetzt geplant und später in Umsetzung sind. Danke.

Ende der Fragestunde um 13.13 Uhr.